

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

GZ: BMGF-11001/0165-I/A/5/2017

Wien, am 31. Mai 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 12689/J der Abgeordneten Gerald Loacker, Kollegin und Kollegen** nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Fragen 1 bis 4:

- *Welche Schritte, Maßnahmen und Gesprächstermine wurden bisher von Ihrem Ministerium konkret geplant und umgesetzt, um Wien als neuen Standort für die EMA erfolgreich zu positionieren?*
- *Wie wirkt sich der Wunsch des Finanzministers, sich um die Übersiedlung der EBA nach Österreich zu bewerben, auf die Bewerbung um die EMA aus?*
- *Mit welchen konkreten Schritten und Maßnahmen stimmen Sie Ihre Bemühungen um die EMA mit den anderen Ministerien, insbesondere mit dem BMF und dem BMEIA, ab?*
- *Wie verläuft die Abstimmung über die Bewerbung mit der Stadt Wien?*

Österreich hat, wie auch der Großteil der anderen Mitgliedstaaten der EU, seine Bewerbung als Sitz der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) den EU-Institutionen übermittelt. Die Bewerbung erfolgt in enger Zusammenarbeit der relevanten Bundesministerien mit der Stadt Wien und mit der Unterstützung der Wirtschaftskammer Wien sowie im Rahmen von bilateralen Terminen auch durch den ehemaligen Ständigen Vertreter Österreichs bei der Europäischen Union, Botschafter a. D. Dr. Gregor Woschnagg.

Die Abstimmung über die jeweils nächsten Schritte erfolgt im Rahmen einer regelmäßig tagenden, gemeinsamen Arbeitsgruppe des Bundeskanzleramtes, des

Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres, des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen, des Bundesministeriums für Finanzen, des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, der Stadt Wien und der Wirtschaftskammer Wien.

Die Arbeiten der Arbeitsgruppe werden vom Bundeskanzleramt koordiniert. Ich darf daher des Weiteren auf die Ausführungen des Herrn Bundesministers für Kunst, Kultur, Verfassung und Medien zu der an ihn gerichteten parlamentarischen Anfrage Nr. 12686/J verweisen.

Dr.ⁱⁿ Pamela Rendi-Wagner, MSc

